



Das im April 2018 eröffnete Integrationshotel Philippus in Leipzig-Plagwitz © Petra Potz

Petra Potz

Kirche findet Stadt. Zusammenleben im Quartier

Neue Partnerschaften für soziale Gestaltungsprozesse im Gemeinwesen

Quartiersentwicklung ist eine Gemeinschaftsaufgabe aller, die sich für eine Verbesserung des Zusammenlebens vor Ort einsetzen. Partnerschaftliches Handeln für eine zukunftsfeste Stadt- und Stadtteilentwicklung ist jedoch oftmals Neuland für die Beteiligten. Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände haben Zugänge zu vielen Lebenswelten und können hierüber das Miteinander im Quartier stärken. Die Erfahrungen der ökumenischen Plattform „Kirche findet Stadt“ zeigen Potenziale und zu überwindende Grenzen eines akteurs- und ressortübergreifenden Handelns als förderliches Umfeld für stabile Nachbarschaften auf, das allen Bevölkerungsgruppen Teilhabe ermöglicht.

In den Städten und Gemeinden findet der Alltag des Zusammenlebens statt und im Quartier konkretisiert sich die Suche nach einer neuen Balance zwischen staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlichem Handeln. Zivilgesellschaftliche Institutionen wie Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Bürgerstiftungen, Genossenschaften, Vereine und weitere gemeinwohlorientierte Einrichtungen trugen immer dazu bei, Integration zu ermöglichen, Prozesse anzustoßen und das Gemeinwesen zu gestalten. Partnerschaftliches Handeln für eine zukunftsfeste Stadt- und Stadtteilentwicklung bedeutet jedoch auch Aufgabenteilung und stellt etablierte und vertraute Rollen in Frage. Wo gibt es ähnliche Interessen, welche Bereiche lassen sich gemeinsam besser angehen? Und wie definieren sich dann die Spielregeln einer partnerschaftlichen Entwicklung?

Die sozialen Herausforderungen, denen sich Kommunen stellen müssen, haben multiple Dimensionen: Daseinsvorsorge gilt es zunehmend themen-, sektor- und akteursübergreifend sowie sozialraumorientiert zu bearbeiten. Neben vielfältigen Lebensstilen sind die Lebenslagen, Generationen oder Herkunft wichtige soziale Faktoren. Flächenkonkurrenzen bei einer unterschiedlich ausgeprägten Artikulationsfähigkeit der Einzelinteressen führen zu Ungerechtigkeiten und Ausgrenzung. Allzu oft werden Fragen des Wohnungsbaus, der Angebote für Kinder und Jugendliche, Bildung, Arbeits- und Beschäftigungsförderung, Betreuung und Pflege von Menschen mit Hilfs- und Unterstützungsbedarf, Integration und Inklusion in zu engen Ressortgrenzen bearbeitet.

Sozialer Zusammenhalt wird durch Familie, Wohnumfeld, Nachbarschaft, Bildung, Kultur, Gesundheit, Wirtschaft, Politik bestimmt. Sozialraumbezogen können Zusammenhalt, Gemeinwohl und Teilhabe als wesentliche Lebensbedingungen gegenüber den Logiken einer Marktorientierung stärker herausgestellt werden. Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände haben Zugänge zu vielen Lebenswelten und können hierüber das Miteinander im Quartier stärken. Es geht um niedrigschwellige soziale Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum,



Petra Potz, 1962,
Dr. Dipl.-Ing. Raumplanung,
Stadtplanerin SRL und
Inhaberin des Büros
location³ - Wissenstransfer
in Berlin



Abb. 1: Stadtsilhouette Bad Blankenburg, Thüringen

Versorgungssicherheit im Quartier als ein förderliches Umfeld für stabile Nachbarschaften und somit eine lebendige Bürgergesellschaft, die allen Bevölkerungsgruppen Teilhabe ermöglicht. Insbesondere im Umgang mit benachteiligten Stadtteilen sind ineinandergreifende Fachlichkeiten und Erfahrungen eine Unterstützung für die Kommunen. Die Städtebauförderung benötigt Andockpunkte an andere Ressorts, um im Aushandlungsprozess von Interessen und Akteuren das Zusammenleben vor Ort zu stärken. Dies wird auch in der jüngsten Zwischenevaluierung der Sozialen Stadt deutlich hervorgehoben (BBSR/BMUB, 2017).

Sozialraumorientierung als Innovation und Öffnung

Aus den Erfahrungen der ökumenischen Plattform „Kirche findet Stadt“ bietet das Quartier einen wichtigen Handlungsrahmen für soziale Gestaltungsprozesse. Unter dem Titel „Innovations- und Experimentierfelder für eine partnerschaftliche Entwicklung lebenswerter Quartiere“ wurden die Potenziale einer integrierten sozialräumlichen Strategie für den kirchlich-verbandlichen Bereich überprüft. An 18 Pionierstandorten in vier quartiersrelevanten Handlungsfeldern mit zentralen Kompetenzbereichen kirchlich-verbandlichen Handelns kommen sozial- und stadtentwicklungspolitisch relevante Ansätze zusammen:

- Wohnen und Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung
- Generationenübergreifendes Zusammenleben
- Zentren und Orte der Begegnung und Integration
- Gesundheitsförderung, Prävention und Inklusion

Kirchen und ihre Sozialverbände sind wichtige zivilgesellschaftliche Akteure der Stadtentwicklung in diesem Kontext. Dies aus mehreren Gründen: Kirche ist noch immer ein Kristallisationspunkt in der Stadt und oft mitten im Quartier prä-

sent, ihre Gebäude sind identitätsstiftende Orte und Räume in der Stadt. Kirche kann und muss damit ein wichtiger Impulsgeber für eine soziale Stadt- und Quartiersentwicklung sein. Sie ist nahe an den Menschen, an der Öffentlichkeit vor Ort, und sie ist oftmals gut informiert durch ihre pastorale und soziale Arbeit. Diese seismografische Funktion der kirchlich Engagierten im Stadtteil kann Kirche – richtig verstanden – zum Experimentierfeld für eine neue soziale Öffentlichkeit und zum Forum von Diskussionen und Auseinandersetzungen um das Quartier und das Gemeinwesen machen. Mancherorts versteht sich Kirchengemeinde als Ermöglicherin, die die Potenziale einer guten Nachbarschaft und Aktivierungsstrategien für eine Mitverantwortung vor Ort erkennt und strategisch verzahnt. Wichtige Erkenntnis ist, dass Haltung und Prozesshaftigkeit statt Projektarbeit größere Wirkung zeigen, ein Perspektivwechsel also notwendig ist.

Die beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie richten mit einem grundlegenden Haltungswechsel ihre Strategie seit einigen Jahren zunehmend an sozialraumorientierten Konzepten aus und öffnen ihre fachliche Arbeit ins Quartier, in verbands- und handlungsfeldübergreifenden Netzwerken und Strukturen (Deutscher Caritasverband, 2013; Diakonisches Werk der EKD, 2007). Teilhabeorientierung, die Bekämpfung der Folgen von Armut und Ausgrenzung, lokale Verankerung und die nachhaltige Gewähr eines sozialen Profils im (benachteiligten) Quartier gehören zu den Leitlinien kirchlich-verbandlichen Handelns. Kirchliche Gemeinden und Initiativen mit bürgerschaftlichem Engagement, kirchlich-verbandliche Träger sozialer Dienste und Infrastruktureinrichtungen der sozialen Daseinsvorsorge (z.B. Kitas, Familienbildungsstätten, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, für Senioren oder Handlungsfelder städtischer Armut, Gesundheitsförderung und Prävention) stellen mit der Öffnung und Nutzungserweiterung von Kirchengebäuden und Zentren verlässliche Anlaufstellen und Orte der Identifikation und Teilhabe bereit.

Ein wichtiger Bezugsrahmen ist das Programm Soziale Stadt – vom Anspruch her ein integratives Programm. Es wurde als handlungsfeldübergreifendes Entwicklungsinstrument konzipiert, das aber immer auch auf komplementäre Förderstrategien anderer Ressorts, auf die Bündelung von Ressourcen und übergreifendes Handeln angewiesen war (BBSR/BMUB 2017, S. 23ff). Die Verbindung von baulichen Investitionen mit sozialintegrativen Maßnahmen, etwa der Bildungspolitik und Kinder- und Jugendhilfe, der Beschäftigungsförderung, des Gesundheitswesens, der Alten- und Eingliederungshilfe oder der Kultur, erfordert die Abkehr von sektoralen Handlungsweisen und Ressortegoismen. Dies stellt oft hohe Anforderungen an die Umsetzungspraxis.

Kein Akteur kann die Zukunftsaufgaben der Daseinsvorsorge allein bewältigen. Der innovative Aspekt liegt in den ungewöhnlichen Kooperationsformen und Allianzen in der Stadtentwicklung, bei denen die Akteure gewohnte Pfade verlassen und sich auf verschiedene Handlungslogiken einlassen. Neben den Kommunen mit ihren verschiedenen beteiligten

Ressorts und den Bewohner/innen als wichtigsten Beteiligten sind folgende Akteursgruppen relevant:

- Kirchliche Gemeinden und Initiativen, kirchliche Wohlfahrtsverbände und Träger
- Weitere Religionsgemeinschaften
- Soziale Dienste und Infrastruktureinrichtungen
- Sozialwirtschaftliche Wohnungswirtschaft, d.h. kommunale, kirchliche, genossenschaftliche, gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen
- Schulen und Bildungsträger, Kultur- und Sporteinrichtungen
- Gewerbetreibende, lokale und gemeinwohlorientierte Ökonomie
- Jobcenter
- Bürger- und Nachbarschaftsvereine, Genossenschaften und (Bürger-) Stiftungen
- Offene Treffs, Familienbildungsstätten, Mehrgenerationenhäuser, Gemeindezentren

Bezüglich der Rolle von Kirchen und Verbänden sind „Suchräume“ notwendig, um herauszufinden, wie neue Allianzen in der Stadtentwicklung unter den spezifischen örtlichen Rahmenbedingungen geschmiedet werden und wie diese insgesamt dazu beitragen können, dass sich gerade auch schwierige Stadtteile stabilisieren lassen. Exemplarisch dafür stehen die Erfahrungen mit dem Umbau der Friedenskirche in Bochum-Stahlhausen zum interreligiösen Stadtteilzentrum Q1 – Haus für Kultur, Religion und Soziales: „Kirche in unserem Verständnis von Sozialraumorientierung dient heute nicht der Befriedigung der ‚Vereinsmitglieder‘, sondern der Verbesserung der Lebensqualität und der Teilhabechancen aller Menschen im Quartier – ob und egal welcher Konfession. Somit werden auch der Anbau der Begegnungsstätte und die neue Kita eine ‚Kirche‘ für alle sein.“ (MBWSV NRW, 2014, S. 53)

Das Soziale im Raum denken

Wie in vielen Kommunen gibt es auch bei den kirchlichen Verbänden und Trägern eine „versäulte“ Handlungslogik. Viel zu oft liegt sie quer zu den Bedarfen an integriertem Handeln und erfordert dringend ein Angehen der Schnittstellenprobleme, die zum einen in den gesetzlichen Grundlagen der adressatenbezogenen Hilfefelder (insb. SGB), zum anderen z.B. der bau- und planungsrechtlichen Grundlagen (BauGB) angelegt sind. Dabei geht es um Organisationsstrukturen und eine Weiterentwicklung der Finanzierungssystematik, um neben ihrem vorrangig individuellen Rechtsanspruch den fallunspecifischen (sozialraumbezogenen) Handlungsansatz stärker in die Sozialgesetzgebung zu integrieren.

Gute und innovative Praxis vor Ort beinhaltet dabei ein breites Spektrum von Aktivitäten:

- Stabilisierende Stadt- und Quartiersentwicklung als Handlungsfeld sozialer Akteure im beruflichen wie ehrenamtlichen Bereich identifizieren



Abb. 2: Kirche in der Stadt. St. Lorenz in Hof, Oberfranken

- Neue Kooperationsformen zwischen Verbänden und Kirchengemeinden erproben
- Kirchlich-verbandliche Liegenschaften öffnen bzw. umnutzen
- Vom Denken in Fürsorgekategorien und „Versorgungsketten“ hin zu Sozialraumorientierung und selbstbestimmter Teilhabe gelangen, Komplexeinrichtungen dezentralisieren und inklusiv zum Quartier öffnen
- (Sozial-)Planung, integrierte Entwicklungskonzepte, lokale Aktionspläne abstimmen
- Gemeinwohl, Inklusion und Daseinsvorsorge als Querschnittsfelder und Daueraufgabe einer integrierten Stadtentwicklung einbringen (vgl. Potz, 2014).

Die ressortübergreifende Strategie des Bundesbauministeriums „Nachbarschaften stärken – Miteinander im Quartier“ bietet in diesem Zusammenhang einen wichtigen Anstoß für die Verankerung sozialräumlicher Ansätze in anderen Ressorts und auf der zivilgesellschaftlichen Ebene. Die Strategie zielt auf eine Abstimmung der Verantwortlichkeiten für die „soziale Integration“, Aktivitäten und Programmatik der Nachbarressorts auf Bundesebene werden mit dem „Leitprogramm Soziale Stadt“ auf Synergien und Kopplungspotenziale geprüft (BMUB, 2016). Die Ermöglichungsstrukturen, die mit „Kirche findet Stadt“ aufgebaut wurden, haben große Potenziale für die Stabilisierung und Verbesserung der Lebensqualität vor Ort, in den Stadtteilen und Quartieren aufgezeigt. Hier geht es um ein Umdenken, das an Haltung und Selbstverständnis von Institutionen und den in ihnen agierenden Menschen ansetzt. Ressortübergreifendes Handeln und das Bündeln finanzieller und immaterieller Ressourcen unterschiedlichster Art und Reichweite bilden eine institutionelle Innovation, die sich auch in der Umsetzung der Prinzipien integrierter Stadtentwicklung als komplex erweist. Zwingend erforderlich sind Freiräume in den Köpfen und Gelegenheiten zum Erproben und Lernen in der Praxis vor Ort. Um Entwicklungspartnerschaften einzugehen, ist ein Perspektivwechsel in elementaren Dimensionen notwendig.

Status quo	Neuausrichtung
„Das haben wir schon immer so gemacht.“	„Wie setze ich an? Wo ist der Spielraum für Neues?“
Defizitorientierung	Ressourcenorientierung
Fallbezogenheit	Der Fall im Feld / Sozialraumorientierung
Versorgung	Aktivierungsstrategien
Zielgruppen	Menschen im Nahraum / Quartier
Sektorale Versäulung	Ressortübergreifendes Handeln
Modellhafte Innovation	Transfer in Regelfinanzierung
Träger parallel zur Kommune	Netzwerk aus Kommune, Träger und anderen

Tab. 1: Perspektivwechsel für Entwicklungspartnerschaften

Fazit

Stadt- und Quartiersentwicklung ist ein zentrales Handlungsfeld für Gemeinwohl und sozialen Zusammenhalt. Bedarf an integriertem kommunalen Handeln besteht insbesondere zwischen den Bereichen Stadtentwicklung, Wohnen, Bildung, Kinder, Jugend, Familie, Alter, Inklusion, Zuwanderung, Gesundheitsförderung, Mobilität, Besondere Lebenslagen und Kultur. Politische Rückendeckung ist für integrierte Quartiersprozesse unerlässlich: In den Kommunen muss soziale und kooperative Quartiersentwicklung zur Pflichtaufgabe werden.

Zentrale Herausforderung ist es, einen Paradigmenwechsel einzuleiten und strategische Verantwortungsgemeinschaften zu bilden. Soziale, integrative, lokal-ökonomische und bauliche Maßnahmen müssen ineinander greifen. Aus verschiedenen Praxiserfahrungen, die von Kirchen und Verbänden angestoßen wurden, wird deutlich: Bürgerstiftungen und Kooperationsmodelle mit geteilter Verantwortung statt einer nur konfessionellen Ausrichtung können eine breitere Akzeptanz bei der Bewohnerschaft erzielen. Neben den Kommunen sind dazu z.B. Wohnungsunternehmen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Religionsgemeinschaften und soziale Träger und Verbände, Vereine, Stiftungen, Gesundheitseinrichtungen und die lokale Wirtschaft sowie Strukturen des zivilgesellschaftlichen Engagements mit ihren Interessen und Ressourcen einzubinden.

Kirche hat auch eine strategische liegenschaftspolitische Rolle, ohne sich dessen immer bewusst zu sein. Die potenzielle kirchlicher Flächen und Liegenschaften für einen Vielfalt ermöglichenden Wohnungsbau sind bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Auch um ihr eigenes Profil als zivilgesellschaftlicher Akteur für einen sozialen Zusammenhalt und ihre gesellschaftliche Relevanz zu erhalten, sollten Kirchengemeinden, aber auch die kirchlichen Bauämter auf Bistums- oder

Landesebene deutlichere Schritte in diese Richtung gehen und beispielsweise ihre Erfahrungen mit dem Erbbaurecht weiter ausbauen. Kirche kann eine wichtige Rolle im Sinne einer gemeinwohlorientierten Steuerung ihrer Immobilienbestände einnehmen, muss sich dazu aber auch öffnen und vernetzen, so dass sie in die Debatten vor Ort eingebunden ist. Ein großes Potenzial bei der Neu- und Umnutzung kirchlicher Immobilien liegt in alternativen Projektentwicklungen und gezielten Konzeptvergaben zugunsten z.B. von gemeinwohlorientierten Projekten. Dort, wo sich Kirchengemeinden auch gegen Widerstände auf das Querdenken eingelassen haben, haben sie ihre Präsenz in der Gemeinde gestärkt. ■

Anmerkung

„Kirche findet Stadt“ ist ein ökumenisches Kooperationsprojekt in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, das seit 2011 vom Deutschen Caritasverband und Diakonie Deutschland zusammen mit dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz und dem Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland durchgeführt wird. Petra Potz koordiniert die Transferstelle. <http://www.kirche-findet-stadt.de>

Literatur

- > BBSR & BMUB (Hrsg.) (2017): *Zwischenevaluierung des Städtebauförderungsprogramms Soziale Stadt*. Bonn/Berlin.
- > BMUB (2016): *Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt: Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier*. Kabinettsbeschluss vom 29.08.2016. Berlin.
- > Deutscher Caritasverband (2013): *Solidarität im Gemeinwesen – Eckpunkte zur Sozialraumorientierung*. Freiburg: DCV.
- > Diakonisches Werk der EKD (2007): *Handlungsoption Gemeinwesendiakonie. Die Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als Herausforderung und Chance für Kirche und Diakonie*. Stuttgart: DW EKD.
- > MBWSV NRW (2014): *Stadtentwicklungsbericht 2013*. Düsseldorf: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW.
- > Potz, P. (2014): *Kirche findet Stadt. Soziale Quartiersentwicklung mit neuen Partnern*. Magazin *Innenstadt: Kirche und Stadt*, 02/2014, 10-14.
- > Vorhoff, K. & Beneke, D. (Hrsg.) (2018): *Kirche findet Stadt. Zusammenleben im Quartier - Entwicklungspartnerschaften für lebenswerte Quartiere. Leitfaden*. Berlin: Kirche findet Stadt. Verfügbar unter: http://www.kirche-findet-stadt.de/pdf/downloads/kfs/Kfs_Leitfaden_2018.pdf